

Dringliche Anfrage

Fraktion der FDP

Hannover, den 18.09.2017

**Verschwieg der Innenminister die Erkenntnisse aus Nordrhein-Westfalen zu Anis Amri? -
Hätte der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin verhindert werden können?**

Nach Medienberichten sollen sowohl dem Sender rbb als auch der *Berliner Morgenpost* ein 120-seitiges Dokument einer polizeiinternen Kommission zur Nacharbeitung der Terrorat von Anis Amri vorliegen. Nach dem Bericht sollen nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt Standardmaßnahmen bei Terroranschlägen erst drei Stunden später eingeleitet worden sein.

Nach einem Artikel der *Neuen Presse* vom 27. August 2017 soll Anis Amri bereits im Februar 2016 an der damaligen Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises in Hildesheim durch den Verfassungsschutz fotografiert worden sein. Zu diesem Zeitpunkt wohnte Anis Amri in einer Flüchtlingsunterkunft in Hildesheim.

Das Landeskriminalamt (LKA) aus Nordrhein-Westfalen (NRW) leitete Mitte Februar 2016 an das LKA in Niedersachsen seine Gefährdereinschätzung bezüglich Anis Amri weiter und warnte davor, dass Amri einen Anschlag plane. Das LKA in Niedersachsen soll nach Erhalt der Warnung aus NRW vor Ort nicht ermittelt haben. Das LKA habe lediglich im Personenbestand nach ihm recherchiert und das Schreiben aus NRW abgeheftet. Der Verfassungsschutz erkannte erst nach dem Terroranschlag im Dezember 2016, dass er Anis Amri bereits am 12. Februar 2016 vor der besagten salafistischen Moschee fotografiert hatte, so die *Neue Presse* weiter.

Innenminister Boris Pistorius hat im Januar 2017 das Parlament zum Fall Anis Amri unterrichtet. Sowohl damals als auch später wurden die Erkenntnisse aus NRW sowie der Aufenthaltsort von Amri in einer Flüchtlingsunterkunft in Hildesheim nicht mitgeteilt. Erst durch die Tätigkeit des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurden diese Vorkommnisse bekannt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wann, wie und durch wen hat der Innenminister Kenntnis von der Gefährdereinschätzung aus NRW erlangt?
2. Warum wurden das Parlament und die Öffentlichkeit über die Erkenntnisse aus NRW nicht informiert?
3. Warum ermittelte das LKA nach Erhalt der Hinweise aus NRW nicht vor Ort?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 18.09.2017)